

...geht er einen Schritt zu weit, wird ihm dasselbe passieren wie mir...

Seit am 7. Oktober der verantwortliche Staatsanwalt, Celvin Galindo, zurückgetreten und ins Exil gegangen ist, ist es still geworden um den Fall des ermordeten Weihbischofs Juan Gerardi. Die Wahlen haben das ihre dazu beigetragen, dass der Fall aus den Schlagzeilen der nationalen Presse verschwunden ist. Das Spezielle am Fall Gerardi ist unter anderem, dass der Mord nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen verübt worden ist. Er geschah, nachdem Guatemala von der Liste derjenigen Länder gestrichen wurde, die bekannt sind für ihre Menschenrechtsverletzungen. Doch wer hat effektiv ein Interesse daran, diesen Fall aufzuklären?

Die ¡Fijate!-Redaktion hatte Gelegenheit, mit dem im Exil lebenden Celvin Galindo ein Interview zu führen.

In welchem Moment der Untersuchungen mussten Sie den Fall Gerardi abgeben und ins Exil gehen?

Für mich war der Fall eigentlich abgeschlossen. Nachdem ich mit den Ergebnissen der DNA-Proben von 12 Militärs aus Washington zurückkam, hatte ich konkrete Beweise gegen konkrete Personen aus Militärkreisen in der Hand. Es fehlten mir noch ein paar zusätzliche Beweise, um meinen Verdacht zu untermauern. Als dies jedoch in der guatemalteki-schen Presse bekannt wurde, begann sofort der Druck (in Form von direkten Drohungen gegen meine Person und meine Familie) auf mich stärker zu werden. Ich wurde überwacht und verfolgt, das heisst, diese Leute benutzten dieselben Praktiken wie früher während des Krieges. Ich begann, mich sehr unsicher und gefährdet zu fühlen, denn ich kenne ihre Vorgehensweise zu Genüge.

Der Fall befand sich in einer Phase, wo wir hätten "zuschlagen" können. Aber dieser Schritt hätte eine gemeinsame Entscheidung von Regierung und Staatsanwaltschaft zu meiner Rückendeckung vorausgesetzt, denn wenn ich die Entscheidung allein getroffen und Verhaftungen veranlasst hätte, wäre ich sofort umgebracht worden.

Als Sie den Fall übernommen haben, wussten Sie, dass Sie ein Risiko eingingen. Weshalb haben sie es trotzdem gemacht?

Aus zwei Gründen: Erstens weil es eine Herausforderung für mich war, den "wichtigsten" Fall seit der Unterzeichnung der Friedensabkommen zu führen. Zuvor hatte ich bereits einen Fall geführt, in dem es um Verletzung von Menschenrechten ging, den Fall des Studenten Mario Alioto. Da hatten wir ein paar Funktionäre angeklagt, die auch wirklich verurteilt wurden, doch kurze Zeit später wurden sie freigesprochen.

Andererseits habe ich mich seither mit der Sache der Menschenrechte identifiziert und schon seit diesem ersten Fall hatte ich eine enge Beziehung zum Menschenrechtsbüro des Erzbischofs. Dieses bat mich auch darum, den Fall Gerardi zu über-

nehmen. Ich habe akzeptiert, mit dem Wissen, dass er mir früher oder später Probleme einbringen wird. Ich vertraute in jenem Moment auch noch auf den politischen Willen der Regierung, doch diese hat versagt.

Das heisst, Sie haben von der Regierung nicht die Unterstützung bekommen, die Sie erwartet haben?

Ich glaubte, die Zustände hätten sich verändert und ich glaubte auch, es wäre im Interesse der Regierung, etwas dazu beizutragen, diesen Fall, der ihr politisch nur schadet, zu lösen. Doch das war nicht so. Im Gegenteil, die Regierung deckt ein paar Personen, und zwar ein paar Militärs, die wichtige Posten innehaben.

Die Mitbeteiligung des Militärs an diesem Fall ist offensichtlich. Was müsste sich Ihrer Meinung nach im politischen bzw. juristischen System Guatemalas verändern, damit Fälle wie dieser aufgeklärt werden können?

Als erstes müsste die Exekutive unabhängig von den "versteckten" Kräften arbeiten können, die immer dafür verantwortlich sind, dass es für bestimmte Leute Straffreiheit gibt. Nur wenn auch diese Kräfte ein Interesse haben, Ungerechtigkeiten anzuklagen statt sie zu decken, können sich die Dinge verändern. Doch solange es solche persönliche Interessen von Regierungsangehörigen zu schützen gibt, wird sich ihr Verhalten nicht ändern. Dabei geht es natürlich um Machtambitionen innerhalb der Militärführung. Im Moment geht es darum, welche Strömung innerhalb des Militärs in der nächsten Regierung bestimmte Posten besetzen kann. Es gibt progressive Militärs, die für eine Öffnung und eine Veränderung plädieren. Aber es gibt andere, die wollen, dass es so weitergeht wie bisher. Denn sie befürchten, dass sie für ihre Verbrechen vor Gericht gestellt werden, wie das in Argentinien oder Chile der Fall ist. Sie haben Angst, dass sie international verurteilt werden.

Seit Sie den Fall abgegeben haben, ist es sehr still um ihn geworden.

Ja, weil es gar nichts mehr zu tun gibt, als eine Entscheidung zu fällen.

Wer führt jetzt den Fall weiter?

In dieser Beziehung haben sie einen cleveren Schachzug gemacht: Die Person, die jetzt für den Fall verantwortlich ist, ist mein ehemaliger Assistent, Leopoldo Zeissig. Er weiss einiges über den Fall und er weiss auch, dass ihm gewisse Leute vertrauen, da er schon vorher zum Untersuchungsteam gehörte. Aber ich weiss, dass auch er jetzt unter Druck gesetzt wird, beeinflusst wird. Er selber weiss auch ganz genau, dass er keine Fortschritte machen wird, solange er seitens der Regierung keine Unterstützung bekommt. Geht er einen Schritt zu weit, wird ihm dasselbe geschehen wie mir.

Für Portillo wäre es einfacher gewesen, wenn der Fall während der Regierungszeit Arzu's gelöst worden wäre, denn jetzt liegt es an ihm, falls er die Wahlen gewinnt, die Schuldigen anzuklagen.

Unabhängig davon, ob Berger oder Portillo die Wahlen gewinnt, wird der Fall Gerardi nicht geklärt. Sobald sie erfahren, um welche Personen es geht, werden sie die Aufklärung des Falles nicht unterstützen wollen. Sie werden sagen, dass die Staatsanwaltschaft, welche den Fall untersucht, autonom sei und unabhängig arbeiten soll und dass sie sich nicht einmischen könnten. Das ist alles, was sie sagen werden. Im Moment versprechen sie zwar, dass sie den Fall lösen werden, denn sie wollen Stimmen gewinnen. Aber wenn sie erst einmal an der Macht sind, werden sie nichts unternehmen. Ich bin sicher, dass der Fall nicht aufgeklärt wird.

Aber Sie wissen, wer angeklagt werden müsste?

Klar...

Im Falle eines Wahlsieges Portillos, wie wird sich die Situation in Sachen Menschenrechte verändern?

Leider gibt es Leute, die Portillo nahe stehen, die in der Vergangenheit Menschenrechtsverletzungen begangen haben. Es wird zu einem harten Kampf kommen zwischen den Menschenrechtsorganisationen und den Menschenrechtsverletzer, die Regierungsposten besetzen. Ríos Montt z.B. ist ja bereits in die Legislative (Kongress) gewählt worden, ebenso zwei

weitere Militärs der FRG.

Können Sie die verschiedenen Strömungen innerhalb des Militärs und ihren Einfluss auf die verschiedenen Regierungen etwas genauer erklären?

Es geht dabei darum, dass die jeweiligen Präsidenten die Führung innerhalb des Militärs jemandem geben, der ihnen loyal ist. Damit müssen sie nicht befürchten, dass es zu einem Staatsstreich kommt. Einer der Anwärter für die nächste Regierungsperiode ist Otto Pérez Molina, der zur Zeit in den USA ist. Er ist nah befreundet mit Portillo und gilt als einer, der die progressive Linie vertritt. Während der Regierungszeit von Ramiro de León Carpio war er Chef des Generalstabs des Präsidenten (EMP). Er hatte eine hohe Position innerhalb des Militärs, und war auch als Vertreter des Militärs bei den Friedensverhandlungen dabei. Doch als die Regierung wechselte, kam es zu internen Problemen und er wurde nach Washington versetzt. Es ist gut möglich, dass er jetzt zurückkommt, wenn Portillo die Wahlen gewinnt.

Wenn wir schon dabei sind, wie erklären Sie sich das Resultat der Wahlen?

Die FRG ist sehr stark. Dies ist eine Folge der schlechten Regierung Arzu's. Ich glaube nicht, dass die Leute unbedingt für die FRG wählten, sondern sie wählten gegen die PAN. Im Landesinneren ist es der FRG bestens gelungen, die Leute zu manipulieren. Bei ihren Wahlveranstaltungen hat die FRG kein eigenes Programm vorgestellt, sondern einfach alle Fehler aufgezählt, welche die PAN in ihrer Regierungszeit begangen hat. Die Bevölkerung wollte einen Wechsel. Der andere wichtige Faktor war die Unsicherheit, die in Guatemala herrscht. Die Leute hofften, dass mit Portillo eine starke Führung kommt, die mit harter Hand durchgreift. Sie erwarteten von ihm, dass er persönlich die Kriminellen verfolgt.

Und was ist Ihre Prognose für die zweite Wahlrunde?

Ich glaube nicht, dass sie anders herauskommen wird als die erste. Da müsste direkt ein Wunder geschehen. Im Gegenteil, ich befürchte, dass die FRG noch stärker und die PAN noch schwächer abscheidet. Doch auch die FRG wird die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht erfüllen können und ich denke, dass die Situation sich bis in vier Jahren dann so entwickelt hat, dass die Linke eine Chance hat, die Präsidentschaft zu stellen.

Wie erklären Sie sich die hohe Wahlbeteiligung?

Die Bevölkerung wollte eine Veränderung. Die Leute gingen mit der Illusion zur Wahl, dass ihnen die FRG diese Veränderung bringe.

Aber erinnerten sich die Leute denn nicht daran, wer die Leute sind, die in der FRG das Sagen haben?

Ich glaube, die Leute haben das Gedächtnis verloren. In Guatemala können viele Leute nicht Lesen und Schreiben und wissen gar nicht, was alles passiert ist. Diejenigen, die es wissen, sind die Leute, die in den Städten leben, aber es ist auch Teil unserer Kultur, dass wir glauben, es müsse ein Mann mit einer starken Hand her, damit die Probleme beseitigt werden. Und so vergassen die Leute, was die Männer mit den starken Händen in der Vergangenheit angerichtet haben. Verschiedene Parteien haben versucht, auf die Vergangenheit der Leute der FRG hinzuweisen. Doch der gewünschte Effekt blieb aus. Gegen Portillo lief ja diese sehr starke Kampagne in den Zeitungen wegen den zwei Morden, die er begangen hat. Man erhoffte sich davon eine Diskretisierung Portillos, aber schlussendlich stärkte es seine Position. In den Provinzen Zacapa, Chiquimula, Santa Rosa usw., in all diesen Provinzen im Osten des Landes, die von einer stark machistischen Mentalität geprägt sind, hatte dies einen sehr positiven Effekt. In diesen Provinzen sagten die Leute: Wie gut, der schreckt nicht davor zurück, jemanden umzubringen, wenn es nötig ist!

Vom Ausgang der Wahlen hängt wohl auch ab, wann Sie wieder nach Guatemala zurückkehren können. Wie sehen Sie ihre persönliche Situation?

Sehr unsicher. Im Moment bin ich hier. Ich will aber nicht für immer im Exil bleiben. Ich will irgendwann nach Guatemala zurückkehren. Ich glaube, es gibt dort noch viel zu tun! Aber ich muss warten, wie sich die Situation entwickelt, es könnte ja sein, dass sich bald etwas verändert, obwohl ich daran nicht so recht glaube.

Und Ihre Zukunft?

Ich denke, ich werde bis mindestens Ende nächstes Jahr hier bleiben und versuchen, hier etwas zu arbeiten. Ich würde gerne eine Arbeit über die Veränderungen des Justizwesens in Lateinamerika schreiben.

Vielen Dank fürs Gespräch!

Oder doch ein kleiner Fortschritt?

Guatemala, 29. November. In einem Interview weist Luis Fernando Penagos Betancourt die Schuld an der Ermordung des Weihbischofs Gerardi dem Militär zu. Betancourt ist ehemaliger Instruktor der Nationalpolizei und wurde vom erzbischöflichen Menschenrechtsbüro (ODHA) mit der Untersuchung des Mordes an Gerardi beauftragt.

"Das Pfarrhaus, in dem Gerardi wohnte und umgebracht wurde, befindet sich, ebenso wie das Präsidentenhaus, in einem Sicherheitsgürtel, der vom

Präsidenten Generalstab (EMP) kontrolliert wird, was es verunmöglicht, dass jemand unbemerkt in die Nähe dieser Häuser kommt. Jeder Schuhputzer, jeder Autowascher ist ein verkleideter Sicherheitsbeamter, sämtliche Läden in der Umgebung stehen unter ständigen Kontrolle des EMP", meinte Betancourt.

Am Tag als dieses Interview in einer guatemalteckischen Tageszeitung erschien, erhielt der Rechtsberater der ODHA telefonische Todesdrohungen. Es wird vermutet, dass diese Drohun-

gen aus Militärkreisen stammen.

Unterdessen sind die Ergebnisse der DNA-Proben von 17 verdächtigen Militärangehörigen von Staatsanwalt Leopoldo Zeissig nach Guatemala gebracht worden. Zeissig warnte davor, voreilige Schlüsse zu ziehen. Vorläufig stünden die entsprechenden Militärs weiterhin unter Verdacht, es müssten aber noch weitere Beweise gegen sie erbracht werden. Zuerst würden aber die Ergebnisse der Proben mit den am Tatort gefundenen Spuren verglichen.

Urteil im Fall Xamán widerrufen

Guatemala, 6. Dezember. Das Appellationsgericht von Cobán, Alta Verapaz, hat das Urteil gegen die in erster Instanz verurteilten ehemaligen Zivilpatrouillisten im Fall Xamán aufgehoben. Mitte August dieses Jahres wurden insgesamt 25 Soldaten wegen vorsätzlichem Mord an elf BewohnerInnen der Rückkehrgemeinde *Aurora* 8. Oktober auf der Finca Xamán in Chisec, Alta Verapaz, zu vier, resp. fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Obwohl schon damals die Klägerschaft und verschiedene Menschenrechtsorganisationen das Urteil als zu gering kritisiert hatten, reichte die Verteidigung der Ex-Patrouillisten einen Rekurs dagegen ein.

Nun wurde ein Teil der Verurteilten freigesprochen. Darunter der Komman-

dant der Patrouille, Camilo Antonio Lacán Chaclán, dessen Urteil, vier Jahre Gefängnis, umwandelbar in eine Geldstrafe von fünf Quetzales pro Tag (total rund 1400 US-\$), widerrufen wurde. Die dem Appellationsgericht vorsitzende Richterin, Carmen Elguther Figueroa, befand, dass nicht genügend Beweise gegen die Verurteilten vorlägen und hob das Urteil gegen Lacán Chaclán sowie weitere vierzehn Ex-Patrouillisten auf. Die restlichen am Massaker beteiligten Soldaten wurden wegen "einfacher Tötung" zu neun Jahren unbedingt und wegen Körperverletzung zu drei Jahren bedingt, verurteilt.

Mit diesem Urteil wurde der Antrag des Staatsanwaltes, Alejandro Muñoz Piraval zurückgewiesen, der auf "aussergerichtliche Hinrichtung" plädiert hatte. Muñoz Piraval akzeptiert das neue Urteil nicht und will "überprüfen, ob nicht noch ein weiterer Rekurs möglich ist". Lacán Chaclán ging erhobenen Hauptes aus der Verhandlung. Nach vier Jahren im Gefängnis sei endlich seine "Unschuld bewiesen", meinte er gegenüber der Presse. Aber auch die zu unbedingt Strafe Verurteilten werden wohl nicht mehr allzu lange im Gefängnis sein: Nach Abzug ihrer bereits verbüßten Strafe, der Zeit in Untersuchungshaft und wegen guter Führung, werden sie im April nächsten Jahres in Freiheit entlassen.

Dem Image der guatemalteckischen Rechtssprechung, welche unter anderem wegen der geringen Strafe in diesem Fall, wegen der Nichtaufklärung des Mordes an Bischof Gerardi und wegen zahlreichen anderen, ungeklärten Fällen, arg kritisiert wird, bekommt dieser Freispruch sicherlich nicht.

Als einen "Schlag für die guatemalteckische Gesellschaft, die für einen funktionierenden Rechtsstaat kämpft", bezeichnet das *Institut für politische,*

wirtschaftliche und soziale Studien, IPES, das Urteil.

Auch die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú, ehemalige Nebenklägerin in diesem Prozess, (welche sich jedoch später aus dem Fall zurückzog), äusserte sich entrüstet über die Annullierung des Urteils. Sie bezeichnete den Fall als einen der "aussergewöhnlichsten" in der Geschichte Guatemalas und wird ihn an den Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof (CIDH) weiterziehen.

Die nationale Indigena- und Bauernkoordination (CONIC) bezeichnete die Aufhebung des Urteils in einer Presseerklärung als "eine Ohrfeige für das Mayavolk". Das Urteil beweise, dass die Richter im Dienste der Straffreiheit stünden. Solche Ereignisse bewirkten bei der Bevölkerung ein totales Misstrauen gegen das Justizsystem. Solche Urteile förderten weitere Gewalttaten und Diskriminierung, meinte CONIC weiter. Die Organisations rief alle nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen sowie das Mayavolk dazu auf, gegen die Widerrufung des Urteils zu protestieren.

Einen Tag nach der Urteilsaufhebung gab der Sprecher des Militärs, Oberst Douglas Barrera Guerra, bekannt, dass Unterleutnant Camilos Antonio Lacán Chaclán zum Leutnant befördert werden soll. Er habe die entsprechenden Dienstjahre hinter sich und erfülle auch sonst sämtliche Anforderungen, welche das Militärgesetz für eine Beförderung verlange.

Miguel Angel Albizures von der *Allianz gegen Straffreiheit* ist empört darüber, dass es überhaupt die Möglichkeit gibt, Lacán Chaclán zu befördern. Es sehe so aus, als bekäme er einen Preis dafür, dass er die Aktion auf der Finca Xamán angeführt habe, bei der elf Personen das Leben verloren.

¡Fíjate!

**Herausgeber:
Verein ¡Fíjate!
2502 Biel
PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fíjate!**

**c/o Barbara Müller
Bözingenstrasse 33
2502 Biel
Tel. 032/ 341 90 80
E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch
Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.**

**Erscheinungsweise vierzehn
täglich.**

**Nachdruck mit Quellenangabe
erwünscht.**

Minugua legt ihren vierten Bericht vor

Guatemala, 2. Dezember. Die Mission der Vereinten Nationen für Guatemala MINUGUA legte ihren vierten Bericht über die Umsetzung und Einhaltung der Friedensabkommen vor. Untersucht wird darin die Zeit von August 1998 bis Oktober 1999.

Zusätzlich zum Bericht überreichte MINUGUA zwei Beilagen; die eine über die sozioökonomische Situation und den Wiedereingliederungsprozess der demobilisierten URNG-KämpferInnen. Die andere enthält Empfehlungen an die guatemaltekeische Regierung. Diese Empfehlungen basieren auf der gründlichen Beobachtung der drei Jahre seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens und zeigen den Stand der insgesamt 170 Vereinbarungen auf, die zwischen 1997 und 2000 hätten umgesetzt werden sollen. "Dies soll allen, speziell aber der zukünftigen Regierung helfen, einen Überblick über den aktuellen Stand der Abkommen zu bekommen", meinte Jean Arnault, Generalsekretär der Mission, bei der Präsentation des Berichtes und der Beilagen.

Weiter wies Arnault darauf hin, dass es eine Reihe von Abkommen gibt, die nicht eingehalten, bzw. gar nicht umgesetzt wurden. Zum Thema Steuerreform z.B. sei noch gar nichts Konkretes geschehen. Dies verunmögliche es dem Staat, die für eine fortschrittliche Sozialpolitik nötigen Mittel zu beschaffen. Auch andere Punkte, wie z. B. die Sicherheitsfrage, sämtliche Abmachungen in Bezug auf das Wohnproblem, die Zukunft des Generalstabs des Präsidenten (EMP), etc. seien viel zu wenig weit fortgeschritten, kritisiert der Bericht.

Der vierte Bericht von MINUGUA zeigt auch auf, dass erst neun der insgesamt 104 Militärbasen geschlossen wurden. Ausserdem seien im Departament Petén die Armeetruppen vergrössert worden. Es sei dringend notwendig, die Rolle des Militärs in einer demokratischen Gesellschaft und zu Friedenszeiten zu definieren.

Es seien aber in den vergangenen drei Jahren auch verschiedene Erfolge zu verzeichnen gewesen, meinte Arnault: Die Schaffung und Weiterentwicklung des Frauenforums, der Abschluss der organisierten Flüchtlingsrückkehr, die Einhaltung der Richtlinien bei den öffentlichen Ausgaben sowie der Beginn eines Dialogs zwischen VertreterInnen der indigenen Bevölkerung und den staatlichen Institutionen.

Vom quantitativen Standpunkt aus gesehen, so Arnault, habe die URNG, welche für die Umsetzung von insgesamt

22 Abkommen verantwortlich war, ihren Teil voll und ganz erfüllt. Es ging dabei vor allem um Abkommen im Zusammenhang mit der Demobilisierung der KämpferInnen. Die Tatsache, dass die ehemalige Guerilla sich zur drittstärksten politischen Kraft im Land entwickelt hat, sieht MINUGUA als einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Friedens.

Die Regierung ihrerseits hat von den 170 Vereinbarungen, für deren Umsetzung sie zuständig ist, bloss 62 erfüllt, 39 sind auf dem Weg dazu und 26 sind zumindest begonnen und bei 43 ist noch überhaupt nichts unternommen worden.

Arnault betonte jedoch, dass die quantitative Umsetzung nicht relevant sei und die Komplexität des Prozesses zu wenig widerspiegele. Es sei jedoch wichtig, dass sich die nächste Regierung bewusst sei, dass für die Ein- bzw. Weiterführung oder Korrektur von insgesamt 64% der vereinbarten Punkte der Friedensagenda zuständig sei.

Als Hauptgrund für die nur langsam voranschreitende Umsetzung der Abkommen sieht der Bericht von MINUGUA das Fehlen einer soliden finanziellen Grundlage. Dies verunmögliche die Schaffung von verschiedenen aus den Abkommen resultierenden Institutionen, vor allem in den Bereichen Erziehung und Landfrage. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor seien die "Kulturshocks" zwischen dem alten und dem neuen Personal in den bereits existierenden Institutionen, z.B. bei der Nationalpolizei oder im Justizwesen.

Arnault bittet die zukünftige Regierung und die im Kongress vertretenen Parteien, sich der Umsetzung der Friedensabkommen zu verpflichten und der Steuerreform höchste Priorität zu geben. Der Staat verfüge nicht über die nötigen Mittel, um eine demokratische Politik umzusetzen.

Die zweite Empfehlung Arnault's betrifft die Professionalisierung bei der Polizei, im Justizwesen und in der Staatsanwaltschaft sowie in der öffentlichen Verwaltung. Nur so könnten Korruption und Straffreiheit bekämpft und die Einhaltung der Menschenrechte garantiert werden.

Eine weitere Empfehlung betrifft die Institutionalisierung des Dialogs mit der indigenen Bevölkerung, die Teilnahme der Frauen an politischen Entscheidungen sowie die Teilnahme der Gemeinden in den urbanen und ländlichen sog. *Entwicklungsräten*.

Abschliessend meinte Jean Arnault, die politische Unsicherheit bleibe

auch unter der neuen Regierung bestehen. Die Tatsache, dass beide Präsidentschaftskandidaten versprochen hätten, die Umsetzung der Friedensabkommen in ihre Agenden aufzunehmen, garantiere zumindest einen Konsens unter den verschiedenen politischen Kräften.

Zur selben Zeit als MINUGUA ihren vierten Bericht vorlegte, reichte der Generalsekretär der Mission, Jean Arnault, ein offizielles Gesuch bei den Vereinten Nationen ein, in dem er um die Verlängerung des Mandates von MINUGUA ersucht. Laut Arnault hätten in den letzten Monaten verschiedene Parteien öffentlich ihr Interesse an einer Weiterführung der Arbeit von MINUGUA geäussert. Ebenso würde sein Gesuch von den 'befreundeten Ländern des Friedensprozesses in Guatemala', Kolumbien, Spanien, die USA, Mexiko, Norwegen und Venezuela, unterstützt.

Behinderte protestieren

Guatemala, 3. Dezember Die Guatemaltekeische *Vereinigung von Personen mit einer Behinderung* (AGPD) 'Manuel Tot', rief anlässlich des Internationalen Tags der Personen mit Behinderung zu einer Manifestation auf. Dabei wurde vom Staat die Einhaltung aller Abkommen, internationalen Konventionen und Gesetzen gefordert, welche Leute mit Behinderung sowie deren Familien und die Gemeinden, in denen sie leben, unterstützen und fördern. Von der neuen Regierung fordert die AGPD die Ausarbeitung eines integralen Programmes für Personen mit Behinderung. Woran es ihnen am meisten mangle, sei der Zugang zu Bildung, zu medizinischer Versorgung sowie zu Arbeit.

Offensichtlich besser betreut sind die rund 500 ehemaligen Militärangehörigen, die als Folge eines Unfalls oder einer Kriegsverletzung eine Behinderung haben. Ihnen wird nämlich die Pension um 500 Quetzales (ca. 70 US-\$) erhöht. Ebenso werden sie von Militärärzten behandelt, erhalten eine Finca, wo sie arbeiten und leben können. Auch Kredite und Stipendien erhalten sie, um zu studieren.

Laut Verteidigungsminister Marco Tulio Espinosa, wird die Umsetzung dieses Programmes für ehemalige Militärs mit Behinderung den Staat jährlich rund 14 Millionen Quetzales (ca. 2 Millionen US-\$) kosten.

Rigoberta Menchú klagt Militärs an

Guatemala, 2. Dezember. Die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú reichte stellvertretend für die über 200'000 Opfer des Genozides in Guatemala beim Nationalen Spanischen Gerichtshof eine Klage gegen die verantwortlichen Militärs ein. Ihre Klage basiert auf drei spezifischen Fällen: Der Überfall auf die spanische Botschaft am 31. Januar 1980, bei dem 37 Personen starben, unter anderen der Vater der Klägerin sowie drei spanische Staatsangehörige; die Ermordung von vier spanischen Priestern, sowie die Ermordung und Folterung anderer Familienangehöriger Menchús, u.a. ihrer Mutter, während der Militärdiktatur. Begleitet wurde Rigoberta in Spanien von Mario Polanco der *Gruppe gegenseitiger Hilfe*, GAM, der aussagte, weitere Fälle von Menschenrechtsverletzungen vorlegen zu können. Menchú hofft, dass sich auch die Familienangehörigen der spanischen Opfer ihrer Klage anschliessen.

Der Nationale Spanische Gerichtshof untersucht seit 1996 Fälle von Menschenrechtsverletzungen während der Diktaturen in Argentinien und Chile. Im Fall Chiles führten sie zur Verhaftung des Generals Augusto Pinochet in London vor gut einem Jahr.

Als Hauptverantwortliche für den Völkermord, Folter und Staatsterror klagt die Nobelpreisträgerin die Generale Efraín Ríos Montt, Oscar Humberto Mejía Vítores, Fernando Romeo Lucas García, Angel Aníbal Guervara Rodríguez, Benedicto Lucas García sowie den Oberst Germán Chupina Barahona an. Sie sei aber durchaus bereit, im Verlauf der Verhandlung auch noch andere Namen zu nennen, meinte Menchú.

In einem von der Rigoberta Menchú-Stiftung veröffentlichten Kommuniké hiess es, die Klage stütze sich hauptsächlich auf die Ergebnisse und Schlüsse der Untersuchung der Wahrheitskommission CEH 'Erinnerung des Schweigens' sowie auf den Bericht des erzbischöflichen Menschenrechtsbüros 'Guatemala - nie wieder'. Ebenso beziehe sie sich auf die internationalen Menschenrechtsabkommen, auf die guatemalteckische Verfassung sowie auf Präzedenzfälle und hoffe, dass diese Verbrechen nicht unbestraft blieben.

Menchú fordert die sofortige Aufnahme des Verfahrens und den Beginn der Beweisführung gegen die von ihr angeklagten Personen. Der Nationale Spanische Gerichtshof beauftragte den Richter Guillermo Ruiz Polanco mit dem Fall und es ist zu erwarten, dass sich der Gerichtshof innerhalb der nächsten acht Wochen zur Klage äussert.

Die Klage Rigoberta Menchús hat

in Guatemala die verschiedensten Reaktionen ausgelöst. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen, u.a. die *Familienangehörigen und FreundInnen von Verschwundenen*, die *Myrna Mack-Stiftung* sowie die *Koordination der Mayaorganisationen* COPMAGUA unterstützten die Aktion Rigobertas.

Der Präsidentschaftskandidat der ultrarechten FRG, Alfonso Portillo, nahm an einer Wahlveranstaltung in Jutiapa Stellung zur Anklage: "Wer eine Klage gegen den General Ríos Montt lanciere, respektiere das Land nicht und habe kein Vertrauen in dessen interne Gesetze." Ríos Montt selber meinte, falls er tatsächlich die spanische Botschaft angezündet hätte, müsste er logischerweise auf den Fotos von diesem Ereignis erscheinen. Der Militäranwalt Julio Cintrón Gálvez bezeichnete die Aktion Menchús als Verrat und Verletzung der Verfassung und reichte seinerseits eine Klage bei der guatemalteckischen Staatsanwaltschaft gegen sie ein.

Der Aussenminister, Eduardo Stein, meinte, dasselbe was Pinochet geschehen sei, könne auch den von Menchú angeklagten Generälen blühen. Guatemala habe die selben internationalen Menschenrechtsabkommen unterzeichnet wie Chile und entsprechend würden wohl auch die Fälle ähnlich behandelt. Falls Spanien ein Auslieferungsgesuch stelle, würde dieses sofort an die guatemalteckischen Justizbehörden weitergeleitet.

Als 'egoistisch' und als 'politischen Schachzug' qualifizierten die Kolumnisten verschiedener guatemalteckischer Tageszeitungen die Klage Rigobertas. Oscar Clemente Marroquín beschuldigte sie in *La Hora*, der FRG wahltaktisch schaden zu wollen, was inhaltlich der Klage bloss schade. Wer sich der Gerechtigkeit verpflichte, müsse das ohne Eigen- oder Parteiinteresse tun, meinte Marroquín weiter. Die *Prensa Libre* ihrerseits kritisierte, dass Rigoberta ihre persönliche Genußnahme suche, währenddem sämtliche in den Krieg involvierten Parteien an einer Versöhnung interessiert seien. "Frieden bedeutet nicht Gerechtigkeit" hiess der Artikel, der implizierte dass, wer dem bewaffneten Kampf abschwört, kein Recht darauf habe, Vergangenes zu kritisieren: "Allein die Tatsache, dass die ehemalige Guerilla neu im Kongress vertreten ist und in einer konstruktiven Form über die nationale Politik diskutiert, ist ein grosser Fortschritt. Die Aufgabe Menchús ist es, Frieden zu stiften und nicht, alte Geschichten aufzuwärmen".

Einen Tag später schrieb Sam Colop, ebenfalls im Editorial der *Prensa Li-*

bre: "Ich bin nicht einverstanden mit denjenigen, die sagen, die Nobelpreisträgerin dürfe die Wasser nicht mehr aufwühlen, weil "Friede nicht gleichbedeutend mit Gerechtigkeit" sei. Friede bedeutet nämlich auch nicht Ungerechtigkeit oder Amnesie. Weshalb soll Menchú angesichts dieser Ungerechtigkeiten schweigen? Vergessen, ohne vorher Gerechtigkeit zu üben, beinhaltet das Risiko, schwere Verbrechen zu decken und Vergangenes zu wiederholen."

Sauerer Regen über Izabal

Guatemala, 12. Dezember. Nach einer Explosion in einer Freihandels-Lagerhalle fiel im Departament Izabal auf einer Fläche von bis zu 42 km² saurer Regen. Dies ist, nach dem Hurrikan Mitch und den Überschwemmungen im September, die dritte Katastrophe innerhalb dreizehn Monaten, welcher die Region ausgesetzt ist.

Laut Wendy Guzmán von der regionalen Umweltkoordination CONAMA, gab es vier Explosionen: Nach der dritten hätte sich eine pilzförmige, graue Wolke gebildet, nach der vierten hätte sich diese Wolke rosa verfärbt und sofort ausgebreitet. Die Bäume in der Umgebung hätten ihre Blätter verloren, das Gras sei von den Giften verbrannt und werde von den Kühen nicht gefressen, in der Bucht von Santo Tomás seien tote Fische geschwommen.

Bei 280 Häusern, die in der Nähe des Freihandelslagers stehen, hat die Druckwelle die Blechdächer aufgerissen, welche mit einem weissen Staub überdeckt wurden. Es wird vermutet, dass dieser Staub Natriumchlorat ist. Durch den Regen und den Tau lief das Wasser durch die Ritzen in die Häuser und fiel auf die Leute, von denen einige wegen Hautreizungen das Spital aufsuchen mussten. Hilfsprogramme für die betroffene Bevölkerung und deren Tiere liefen nur zögerlich an.

Der zuständige Staatsanwalt, Danilo Rodríguez erklärte, dass eine Untersuchung über die Ursachen der Explosion gemacht werde. Zur Verantwortung gezogen werde die Besitzerin der Lagerhalle, die Firma ZOLIC. Diese hat ein Treffen mit der betroffenen Bevölkerung einberufen und versucht, den Schaden auf 'friedliche' Weise wieder gut zu machen, ohne dass es zu einem Prozess kommt. Einen solchen werde sie jedoch nicht umgehen können, da es in erster Linie um irreversible Schäden an der Natur gehe, meinte Rodríguez.

Strategien für die zweite Wahlrunde

Guatemala, 13. Dezember. Die Strategie sowohl der *Republikanischen Front Guatemalas* FRG sowie der *Partei des Nationalen Fortschritts* PAN für die zweite Wahlrunde hat nicht zum Ziel, wieder eine so hohe Stimmbeteiligung zu erreichen wie am 7. November, geschweige denn, neue WählerInnen für sich zu gewinnen. Jeder der beiden Kandidaten ist einzig darauf bedacht, möglichst viele derjenigen Leute, die bereits für sie gewählt haben, nochmals an die Urnen zu bringen.

Die Unterstützung der kleinen Parteien, von denen die meisten von der Auflösung bedroht sind, da sie nicht die nötigen 4% Stimmen erhalten haben, um ihre Existenz zu garantieren, ist sehr gering. Da es in dieser zweiten Wahlrunde nicht zu nennenswerten Allianzen kommen wird, ist es für die FRG auch nicht notwendig, einen 'Teil des Knochens abzugeben', um sich so die Unterstützung anderer Parteien zu sichern.

Die einzige Partei, die für beide eine interessante Allianzpartnerin gewesen wäre und die in der ersten Wahlrunde bewiesen hat, dass sie ohne grosse finanzielle Mittel eine beachtliche Mobilisierungskraft hat, die *Allianz Neue Nation ANN*, hat die Devise "Nein zur Rechten" ausgegeben.

Die Strategie der beiden Kandidaten in dieser zweiten Runde ist nun, sich die Stimmen in den wahltechnisch interessanten Gebieten zu sichern:

Die WählerInnen der Hauptstadt machen einen Drittel aller wahlberechtigten Personen aus. Beide Kandidaten erreichten dort ihren höchsten Stimmenanteil. Ausserdem sind es diejenigen BürgerInnen, die am einfachsten Zugang zu den Wahllokalen haben und sich wohl am ehesten auffraffen, mitten in der Weihnachtszeit wählen zu gehen.

Die neugewählten BürgermeisterInnen beider Parteien geniessen in ihren jeweiligen Gemeinden noch das Vertrauen der Bevölkerung und haben eine nicht zu unterschätzende Mobilisierungskraft. Noch können sie den WählerInnen das Blaue vom Himmel versprechen, falls 'ihr' Kandidat gewinnt.

Weitere strategische Werkzeuge sind die finanzielle Unterstützung und der Zugang zu den Medien. Die PAN ihrerseits spricht öffentlich über ihre Schwierigkeiten, die zweite Wahlrunde zu finanzieren. Für die FRG scheint Geld weiterhin kein Problem zu sein. Die Medien, speziell Radio und Fernsehen sind voll von Werbung für die FRG. Es geht sogar soweit, dass 33 Tage nach der ersten Wahlrunde und nachdem er schon längst verloren hat, der Bürgermeister-

kandidat der FRG für die Hauptstadt, Luis Rabbé, immer noch seinen Werbespot abspielen lässt...

Grundsätzlich kann man sagen, dass die Kampagne der PAN sehr schwach ist und resigniert wirkt. Sie konzentriert sich darauf, davor zu warnen, dass mit der FRG die gewalttätige Vergangenheit wieder Einzug nimmt.

Portillo seinerseits gibt sich veröhnlich.

Beide Parteien vermeiden es tunlichst, eine ernsthafte Diskussion über konkrete Probleme zu führen. Die PAN, weil sich eine Diskussion über ihre Regierungsführung der letzten Periode kontraproduktiv auswirken könnte. Sie verspricht einzig die Weiterführung der Infrastrukturbauten. Die FRG meidet solche Debatten, weil sie es nicht für nötig befindet, sich gegenüber der Bevölkerung zu noch mehr zu verpflichten.

Berger beschränkt sich auf sog. öffentliche Foren und organisiert keine Grossmeetings mit der Bevölkerung mehr. Dies wohl, weil er gemerkt hat, dass

das Herankarren von Massen sehr ineffizient ist und sicher auch, weil er im Vergleich zu Portillo viel weniger Leute mobilisieren kann.

Die FRG hat seit der Bekanntgabe der Ergebnisse der ersten Wahlrunde eine Strategie entwickelt, die darauf aufbaut, ihren Sieg zu verteidigen und ihren Triumph als gegeben darzustellen. Bereits jetzt bedankt sie sich in jeder Grussbotschaft für das Vertrauen, das ihrem zukünftigen Präsidenten, Alfonso Portillo, entgegengebracht wird.

Laut einer Meinungsumfrage, welche die *Vereinigung für Investigation und Soziale Studien* ASIES am 10. Dezember veröffentlichte, gewinnt die FRG mit 36% gegenüber der PAN, für welche sich nur 14% der befragten Personen ausgesprochen hat. Rund 10% hat sich noch nicht entschieden, wem sie ihre Stimme geben wird, 0,4% legt leer ein, 11% geht nicht wählen und 28% gab keine Antwort. Geht man von den gültigen Stimmen aus, gewinnt die FRG mit 71% gegenüber der PAN mit 29%.

Liebe Leserin, lieber Leser

Vor einem halben Jahr habe ich die Herausgabe des ¡Fijate! übernommen, 'versuchsweise', wie ich mitteilte, da ich damals noch nicht abschätzen konnte, was das alles mit sich bringen würde.

Und es hat so manches nach sich gezogen: Die Aufstockung meines Technoparks und das Erlernen der Anwendung der einschlägigen Software war noch das Einfachste. Schwieriger war schon, die zeitliche Mehrbelastung unterzubringen. Bedeutet doch die endgültige Herausgabe des ¡Fijate! neben dem bisherigen nur Informationen lesen zwei volle und intensive Arbeitstage pro Woche. Der grösste Einschnitt in meinen bisherigen Lebensalltag stellte aber die Verpflichtung dar, alle zwei Wochen die aktuelle Nummer termingerecht fertiggestellt zu haben.

Wie Sie sicherlich gemerkt haben, hat es immer gut funktioniert. Und heute kann ich sagen: Diese Arbeit und Aufgabe gefällt mir!

Der ¡Fijate! wir Sie also auch im Jahr 2000 begleiten.

Vielen Dank auch von den aktiven Mitglieder des gemeinnützigen Trägervereins für Ihre Treue, die Sie dem ¡Fijate! trotz mancher Änderung bisher gehalten haben.

Die nächste und letzte Ausgabe

dieses Jahr wird am 29. Dezember ausnahmsweise mit nur vier Seiten erscheinen. Inhaltlich wird sie analytisch folgendes Thema bearbeiten: Vier Jahre PAN-Regierung unter Arzú und die Situation der Umsetzung der Abkommen drei Jahre nach Unterzeichnung des Vertrages für einen festen und dauerhaften Frieden.

Mit der ersten Ausgabe im neuen Jahr werden Sie die Abo-Rechnung erhalten mit der Bitte um zügige Begleichung. Somit garantieren Sie den ununterbrochenen Erhalt des ¡Fijate! und geben ihm ein finanzielles Standbein. Das zweite muss über Spenden dazukommen, wenn er Bestand haben sollte.

Die Formulierung einer Spendenbitte unterlasse ich... Sie kennen ja das Spendenkonto und vielleicht auch finanziell besser gestellte Personen.

Vielen Dank für Ihr grosses Interesse, die gesellschaftspolitischen Entwicklungen in Guatemala weiterhin mitzuverfolgen, denn nach diesen Wahlen werden die Menschen erst recht internationale Öffentlichkeit und Solidarität brauchen.

Eine gute Zeit zwischen den Jahren wünscht Ihnen

Barbara Müller, Redaktion